

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Hsinhua zu den Ostverträgen

Die chinesische Presseagentur Hsinhua hat am 5. Juni die Ratifizierung der Ostverträge und das Inkrafttreten des Berlin-Abkommens sachlich und kommentarlos gemeldet. Da die chinesische Presse die Verträge bei den Verhandlungen und der Unterzeichnung 1970 noch scharf kritisiert hatte, wird der Wandel der Tonart als positives Signal Pekings für eine Normalisierung der Beziehungen zu Bonn angesehen (vgl. dazu Harry Hamm, Signal aus Peking, FAZ 12.6.72). Dazu tritt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag und ehemaliger Außenminister Bonns, Gerhard Schröder (CDU), am 13. Juli seine zweiwöchige Reise nach der VRCh an. Vor seiner Reise hat er Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel über das Verhältnis zwischen Bonn und Peking konsultiert. (Siehe dazu THEMEN DES MONATS "Neue Aspekte der Beziehungen zwischen Bonn und Peking")

GRIECHENLAND

(2) Pekings Flirt mit Griechenland

Die Regierungen Griechenlands und der VRCh sind am 15. Juni übereingekommen, diplomatische Beziehungen miteinander aufzunehmen und innerhalb von sechs Monaten Botschafter auszutauschen. Nach dem Kommuniqué "erkennt die griechische Regierung die VRCh als die einzige rechtmäßige Regierung von China an. Die chinesische Regierung versichert erneut, daß Taiwan ein unveräußerlicher Teil des Territoriums der VRCh ist. Die griechische Regierung nahm diese Position der chinesischen Regierung zur Kenntnis". Die Kanada-Formel vom 30. Oktober 1970 taucht damit wieder auf. In der Zwischenzeit hatte es ein Aufnahme-Kommuniqué mit Mexiko (14.2.71) gegeben, in dem weder von der "einzigen rechtmäßigen Regierung Chinas" noch von Taiwan die Rede war. Für Griechenland war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China also teurer als für Mexiko!

Die Verhandlungen zwischen Athen und Peking hatten im November 1971 in Tirana begonnen, nachdem Griechenland Albanien im Mai 1971 anerkannt hatte. Noch bei der Abstimmung über die Frage der Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen hatte Griechenland für den amerikanischen Antrag gestimmt, der auf weitere Mitgliedschaft der nationalchinesischen Regierung plädierte. Andererseits hatte es sich beim Antrag Albanien für die Aufnahme der VRCh in die UNO der Stimme enthalten.

Die Beziehungen zwischen Athen und Taipei wurden bereits am Tage nach dem Kommuniqué aufgehoben. Der Botschafter Taiwans in Athen bedauerte, daß die langjährigen kulturellen und diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden entschieden antikommunistischen Ländern so abrupt zu Ende gingen. Doch blieben die beiderseitigen kommerziellen Beziehungen aufrechterhalten (Le Monde 7.5.72: Die Welt 6.6.72). Jen-min jih-pao brachte am 7. Juni einen Leitartikel, der von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern sprach. "Unsere beiden Länder besitzen alte kulturelle Traditionen, und beide Völker können auf eine lange Geschichte des Kampfes gegen fremde Aggression, Intervention und Unterdrückung zurückblicken. Seit der Gründung der VRCh haben stets freundschaftliche Kontakte zwischen den Völkern von China und Griechenland bestanden" (s.a. THEMEN DES MONATS "Cordon Sani-taire....")

Westeuropa

GROSSBRITANNIEN

(3) Auflockerung der Beziehungen

Die Beziehungen zwischen London und Peking, die zur Zeit der Kulturrevolution auf einen Tiefpunkt gesunken waren, tauten im Berichtszeitraum durch den ersten offiziellen Besuch eines hohen Beamten des britischen Außenministeriums in der VRCh seit deren Gründung im Jahre 1949 weiter auf. Unterstaatssekretär Anthony Royle führte bei seinem Besuch in Peking vom 30. Mai bis 7. Juni freimütige Gespräche mit dem chinesischen Außenminister Chi P'eng-fei und dem Minister für Außenhandel Pai Hsiang-kuo. Im britischen Parlament bezeichnete er sie nach seiner Rückkehr als bemerkenswert freimütig, freundschaftlich und umfassend. Dazu betonte er, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seien gegenwärtig besser denn je, und weitere Verbesserungen stünden für die Zukunft zu erwarten (s. The Times 13.6.72). Den Gesprächen zwischen den beiden Seiten folgte kein Kommuniqué, aber die Spekulationen der Presse betrafen u.a. die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Staaten, Chinas Ankauf von Concorde-Flugzeugen, Englands Beitritt zur EWG, das Vietnam-Problem usw. Bekannt ist, daß der britische Außenminister eine Einladung nach China und der chinesische Außenminister sowie der Minister für Außenhandel eine Einladung nach England angenommen haben. Außerdem gab Hsinhua am 22. Mai einen langen Bericht über den Staatsbesuch der britischen Königin in Frankreich. Dabei pries die chinesische Nachrichtenagentur besonders die britisch-französische Annäherungspolitik im Rahmen der EWG, daso sehen es die Chinesen - die Befolgung der Parole "Europa den Europäern" auf eine Verminderung des Einflusses der beiden Supermächte hinauslaufen würde.

NORWEGEN

(4) Norwegisch-Chinesischer Freundschaftsverein

Nach einer Meldung von Hsinhua (2.6.) ist der Norwegisch-Chinesische Freundschaftsverein am 25. Juni in Oslo gegründet und Magnar Husby zu seinem Vorsitzenden gewählt worden. Zwischen Norwegen und der VRCh sind diplomatische Beziehungen schon 1955 aufgenommen worden.

SCHWEIZ

(5) Große und kleine Länder sollen ihren Platz haben

Unter dem Motto "Alle Länder, ob groß oder klein, sollen gleichberechtigt sein (国不分大小友一律平等)" versuchen die Chinesen seit einiger Zeit nachdrücklich, mit den kleinen Staaten Freundschaft zu schließen. Dies Motto gilt nicht nur für die kleinen Länder der Dritten Welt, sondern auch für diejenigen in Europa. Die chinesische offizielle Presseagentur Hsinhua, die den Ton der chinesischen Außenpolitik angibt, veröffentlichte am 1. ds. Mts. einen faszinierenden Bericht aus der Schweiz, der den Eindruck einer Delegation chinesischer Journalisten über diesen kleinen, aber kapitalistischen Staat reflektiert. Der Artikel ist deshalb ungewöhnlich, weil schon seine Stimmung nicht zu dem sonst dogmatischen Stil des Organs paßt. So heißt es z.B.: "Das Wetter war warm, und die schöne Berglandschaft wartete auf einen frühen Frühling Überall fanden wir Beweise der guten Beziehungen zwischen China und der Schweiz". Vor allem erzählte Ernesto Thalmann, der Generalsekretär des Politischen

Departments, den Journalisten aus Peking, daß auch die Schweiz der Meinung sei, daß große und kleine Länder ihren Platz in der Welt haben sollten. "Wir sind uns klar bewußt, daß China den gleichen Standpunkt einnimmt. China hat erklärt, daß es nie eine Supermacht sein werde. Dies berührt uns zutiefst." Der Artikel muß den Schweizern tatsächlich imponiert haben, da die konservative "Neue Zürcher Zeitung" vom 9. Juni den vollen Text in Übersetzung vorlegte.

(6) Eine Schweizer Luftfahrt-Delegation unter Leitung von Dr. Werner Guldimann, Direktor des Bundesluftamtes, hielt sich vom 10.-19.6. in Peking auf. Sie führte Verhandlungen mit Vertretern der Behörde für Zivilluftfahrt (NCNA 17.6.) über ein beiderseitiges Luftfahrt-Abkommen, das nach schweizerischen Angaben noch vor Jahresende in die Abschlußphase treten wird (NZZ 26.6.)

Sowjetunion und Osteuropa

UdSSR

(7) Zugang nach Hong Kong

Ein vorsichtiger Versuch der Sowjetunion, den gleichen Zugang wie andere Nationen zum Hafen von Hong Kong zu erlangen, ist gescheitert. Das inoffizielle Ersuchen (9.6.) einer zu ihrer sibirischen Basis in Nachodka vom Walfang zurückkehrenden Flotte von 23 Schiffen, den mehreren hundert Seeleuten eine längere "Erholungspause" zu gewähren, ist in Hong Kong abschlägig beschieden worden. Kommentar der Hong Konger Zeitung "The Star": "Wir dürfen nicht zulassen, daß die Russen Hong Kong in ein China-Spionagezentrum verwandeln. Unsere Position ist zu delikant, um dergleichen Risiken einzugehen". Zwar können sowjetische Handelsschiffe und Frachter nach wie vor den Hafen der Kronkolonie anlaufen, Besatzungsangehörige werden jedoch überwacht. Weder die sowjetischen Nachrichtenagenturen TASS und Nowosti noch sowjetische China-Wissenschaftler und Studenten bekamen bisher Arbeitserlaubnis in der Kronkolonie.

(8) Hsinhua zum Nixon-Besuch in Moskau

Über den Besuch Nixons in Moskau (22.-30. Mai) berichtete Hsinhua erst am 2. Juni, und zwar in nüchtern-unterkühltem Ton. Es seien Gespräche über Grundfragen des beiderseitigen Verhältnisses und der internationalen Lage geführt, ein gemeinsames sowjetisch-amerikanisches Komunique herausgegeben und eine Liste von "Prinzipien, welche die gegenseitigen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion bestimmen", aufgestellt worden. Beide Seiten hätten ferner sieben Abkommen über Antiraketensystem und Maßnahmen auf dem Gebiet der technisch-wissenschaftlichen, ärztlichen und umweltschutzorientierten Zusammenarbeit abgeschlossen. Hsinhua informierte weiter über die Reise des amerikanischen Präsidenten nach Iran und Polen (SWB 5.6.72).

Es ist noch nicht lange her, daß Peking jede Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington als unheilige Allianz gegen China bekämpfte. Wie jedoch eine ganze Reihe von Themen, so das Antiraketenprogramm, die Zusammenarbeit im Weltraum und die Begrenzung strategischer Offensivwaffen beweist, geht es hier um Fragen, die kraft Natur der Sache nur zwischen den beiden Supermächten geregelt werden können. Es muß sich also keineswegs um eine Verschwörung gegen Peking handeln haben. Im übrigen ist wohl kein Zweifel daran, daß Nixon während des Moskauer Gipfels Informationen über Paris laufen ließ, wo die Botschaften der USA und der VRCh

in ständigem engem Kontakt miteinander stehen. Auch der Besuch Kissingers im Berichtszeitraum bei Chou En-lai dürfte z.T. eine ähnliche Funktion erfüllen wie die Reise des Sonderbeauftragten Greene in verschiedene asiatische Länder nach dem Besuch Nixons in Peking. Wie die NZZ (4.6.) zu Recht hervorhebt, hat sich Moskau offensichtlich das Pekinger Zeremoniell zum Vorbild genommen: Protokollarisch korrekter, aber kühler Empfang auf dem Flugplatz; "unvorbereitetes" Zusammentreffen mit dem Parteichef; großes Begrüßungsbankett mit Erwärmungstendenz; Verhandlungen, unterbrochen durch touristische Exkursionen; die obligatorische "Krise"; Schlußkommunique; Fahrt nach Süden; Abflug. Dagegen sind die Kommuniqués recht unterschiedlich ausgefallen. Während in der Erklärung von Shanghai harte Prinzipien niedergelegt wurden, über die es grundsätzlich keine Einigung geben könne, sind die Moskauer Deklarationen wesentlich konzilianter.

Alles in allem scheint man in Peking zu dem Schluß gekommen zu sein, daß das Moskauer Gipfeltreffen nicht auf Kosten der VRCh stattgefunden habe.

(9) Die Grenzverhandlungen mit der UdSSR

Einer der fünf neuen Stellvertretenden Außenminister Chinas, Yü Chan (余 湛) (vgl. C.a. Mai 1972, S.31), ist von der chinesischen Regierung zum neuen Chefunterhändler für die in Peking stattfindenden Grenzverhandlungen mit der Delegation der sowjetischen Regierung bestimmt worden.

Die Geschichte der Grenzverhandlungen ist lang und kompliziert: Schon Anfang der sechziger Jahre suchte man das Problem der durch die zaristischen "ungleichen Verträge" im 19. Jahrhundert geschaffenen Grenzen zu lösen. Doch wurden diese Gespräche im Frühjahr 1964 ergebnislos abgebrochen. Nach dem Blitzbesuch Kossygin am 11. September 1969 in Peking begannen am 20. Oktober 1969 erneut reguläre Grenzverhandlungen, und zwar in Peking. Grundlagen für die Grenzverhandlungen sind die sowjetische Regierungserklärung vom 13.6.1969 und die beiden chinesischen Regierungserklärungen vom 10.3. und vom 8.10.1969. China halte, wie schon 1964, daran fest, daß die gegenwärtige Grenzlinie zur Grundlage der Verhandlungen gemacht würde, falls die sowjetische Regierung bereit sei, die der Grenze zugrundeliegenden Verträge, namentlich die von Aigun (1858) und Peking (1860), als "ungleiche Verträge" anzuerkennen. Da Moskau mit einer solchen Erklärung einen Präzedenzfall schaffen würde, hat es sich bisher strikt geweigert, auf diese Forderungen einzugehen. Solange beide Parteien starr bleiben, können sie sich nur mit Fragen zweiter Ordnung befassen, so z.B. mit kleineren kosmetischen Grenzkorrekturen, mit der Frage der Entmilitarisierung von Grenzregionen usw. Selbst in diesem sekundären Bereich aber konnte bisher offensichtlich keine nennenswerte Einigung erzielt werden. "Von informierten Kreisen in der chinesischen Hauptstadt" (Die Welt und NZZ 13.6.72) wird betont, daß die Grenzverhandlungen bis jetzt ohne jedes Ergebnis geblieben seien. Die Sowjets wollten nicht auf die chinesische Forderung eingehen, zu beiden Seiten besonders "umstrittener Gebiete" zunächst eine entmilitarisierte Zone zu schaffen; denn es gebe nach ihrer Meinung ja "keine umstrittenen Sektoren" zwischen der Sowjetunion und China!

Nordamerika

USA

(10) Studentenaustausch

Im Sinne des Prinzips der Volksdiplomatie hat sich die

VRCh zum Austausch von Studenten mit den USA bereiterklärt. Damit erhalten chinesische Wissenschaftler und Studenten zum ersten Mal seit 1949 die Möglichkeit, in Amerika zu arbeiten. Dies verkündete der Chef einer amerikanischen Kulturdelegation am 15. Juni in Hong Kong nach der Rückkehr aus Peking. Das vom Harvard-Club in Chicago und der Great Heritage Foundation getragene Programm soll diese Möglichkeit für jeweils 15 Studenten der beiden Länder bieten. Pekings Studentenaustausch war zu Beginn der Kulturrevolution zum Halten gekommen. Am 10. Oktober 1966 hatten sowjetische Studenten und alle anderen ausländischen Studenten von Peking die Aufforderung zur Rückkehr in ihre Heimatländer erhalten. Die UdSSR und andere Ostblockstaaten konterten mit der Ausweisung der chinesischen Studenten. Die chinesischen Studenten in Westeuropa kehrten ebenfalls zurück. Peking betonte seinerzeit, daß diese Maßnahme nur für ein Jahr notwendig sei, weil alle höheren Lehranstalten den Unterricht abgebrochen hätten.

- (11) Henry Kissingers vierter Besuch in der VRCh fand vom 19.-23. Juni statt (s. hierzu THEMEN DES MONATS "Kissingers Beruhigungsvisite").

Südamerika

GUYANA

- (12) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VRCh gab am 27. Juni die Regierung von Guyana bekannt. Bisher war die VRCh in Georgetown nur durch eine ständige Handelsmission vertreten (JT 29.6., s. auch C.a. Mai 1972, S.4)
- (13) 13 Experten für Reisanbau und Baumwollindustrie will die VRCh zusätzlich zu den 12 als Experten tätigen Maurern nach Guyana entsenden (JT 30.6.)

CHILE

- (14) Wirtschaftshilfe

China und Chile unterzeichneten am 8.6. vier Verträge (NCNA 8.6.72), darunter den über Wirtschaftshilfe, der ein zinsloses chinesisches Darlehen in Höhe von US-\$ 65 Millionen für Industrieförderung vorsieht (NZZ 14.6.72).

Die VRCh zeigt mit diesem Darlehen ihr großes Interesse an Lateinamerika. Chile ist nach Guyana der zweite lateinamerikanische Staat, welcher Wirtschaftshilfe von der VRCh erhält, und steht bereits an 9. Stelle der Empfängerländer chinesischer Kredite.

Millionen US-\$

Pakistan	352
Tansania	327,5
Indonesien	255
Zambia	158
VAR	94
Birma	92
Ceylon	81
Guinea	70
Chile	65

Afrika

RUANDA

- (15) Erste Regierungsdelegation in China
Vom 21.-24. Juni hielt sich die erste ruandische Regierungsdelegation unter Leitung von Augusthin Munyaneza,

Minister für internationale Zusammenarbeit, in Peking auf. Der kleine binnenafrikanische Staat, der im November 1971 diplomatische Beziehungen zu Peking aufgenommen hatte, mußte sich mit einem Handelsabkommen zufriedengeben. (Wenn kleine Afrikaner in Peking anklopfen, so steht zu erhoffende Wirtschaftshilfe im Vordergrund) Wenn Peking erstmals solchem Ansinnen willfährte, dürften wohl die traurigen Vorgänge im Nachbarstaat Burundi zu einer abwartenden Haltung Anlaß gegeben haben.

SUDAN

- (16) "Ein Geschenk des chinesischen Volkes"

bestehend aus Flugzeugen, Panzern und anderen konventionellen Waffen lieferte China dem Sudan (s. THEMEN DES MONATS "Pekings antisowjetischer Cordon Sanitaire um Nahost")

Asien

BANGLA DESH

- (17) Mögliche Annäherung VRCh - Bangla Desh

Sheikh Mujibur Rahman ließ in einem Interview mit der Kyodo-Agentur durchblicken, daß sich die starre Haltung Pekings gegenüber Dacca merklich geändert habe (SWB 21.6.72 / C.a. Mai 1972, S.5). Außerdem teilte der Handelsminister von Bangla Desh mit, daß China sich mit Plänen trage, 400.000 Ballen bengalischer Rohjute zu kaufen. In Ermangelung diplomatischer Beziehungen würde der Handel über eine Agentur in Hong Kong abgewickelt (SWB 25.6.72). Schrittweise könnte es damit zu folgender Entwicklung kommen: informelle Käufe - formales Handelsabkommen - volle diplomatische Beziehungen.

JAPAN

- (18) Der Rücktritt Satos und Peking

Ministerpräsident Sato kündigte am 17.6. formell seinen Rücktritt an. Seine aus diesem Anlaß gehaltene Fernsehrede zeigte aufs neue seine zwiespältige Haltung gegenüber der China-Frage, indem er einerseits die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Peking anerkannte, andererseits aber ein Fallenlassen Taiwans ablehnte. (SWB 19.6.72) Entsprechend scharf fiel dann auch der Kommentar zu seinem Rücktritt aus Peking aus. (NCNA 21.6.) Sato wurde vor allem beschuldigt, eine Zwei-China-Lösung anzustreben.

Allem Anschein nach wird der Kampf um die Nachfolge Satos zwischen Außenminister Takeo Fukuda und dem Minister für Internationalen Handel und Industrie (MITI), Kakuei Tanaka, ausgetragen werden. (Bewerber mit geringerem Anhang in der Liberaldemokratischen Partei sind Masayoshi Ohira, 1962 Außenminister unter Ikeda, und Takeo Miki, ebenfalls früherer Außenminister).

Alle Kandidaten treten für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der VRCh ein, jedoch ist die Bereitschaft, die Beziehungen mit Taiwan hierfür aufzugeben, unterschiedlich. So war es Außenminister Fukuda, der Satos Äußerung vom 28. Februar 72, daß Taiwan ein Bestandteil der VRCh sei, dahingehend modifizierte, daß der Premier wohl gemeint habe, 'er habe tiefes Verständnis für den Standpunkt Pekings, daß Taiwan ein Bestandteil der VRCh sei' (JT, 1.3.72; C.a., März 72, S.11). Außerdem trat Fukuda dafür ein, die Taiwan-Frage erst im Verlauf konkreter Verhandlungen zwischen den beiden Staaten anzugehen.

Erst während der Vorbereitung zur Wahl des Präsidenten der Liberaldemokraten, wobei die Einstellung der Kandidaten zur China-Frage eine wesentliche Rolle spielt, meinte er, die Probleme zwischen den beiden Staaten könnten geregelt werden, wenn Kontakte zwischen den beiden Regierungen aufgrund der Annahme aufgenommen werden könnten, daß die Volksrepublik China die einzige legitime Regierung Chinas sei. (SWB 23.6.72). Fukuda lehnt also nach wie vor Voraussetzungen, vor allem den Bruch mit der Republik China, ab. Demgegenüber war es Minister Tanaka, der die japanischen Kredite für Taiwan einschränkte und den Yoshida-Brief für ungültig erklärte (C.a. März 72, S.11).

- (19) Protest gegen den Besuch von Kriegsschiffen der Republik China in Japan meldet Hsinhua an (cf. JT 26.6.72). Der für die Zeit vom 28.6. bis 6.7. vorgesehene Besuch sei ein 'Krimineller Akt Satos', der damit die Beziehungen zu Taiwan am Vorabend seines Rücktritts stärken wolle und Schwierigkeiten für seinen Nachfolger bei der Behandlung der Beziehungen zwischen China und Japan aufbaue.

SRI LANKA (Ceylon)

- (20) Erfolgreicher Besuch der Ministerpräsidentin in Peking

Der Besuch der ceylonesischen Ministerpräsidentin, Frau Bandaranaike, in der VRCh ist Höhepunkt einer langjährigen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, wie sie nicht besser sein könnte. Nach einem Empfang bei Mao Tse-tung am 28.6. wurde der Aufenthalt in Peking durch ein Bankett am 29.6. abgeschlossen, auf welchem die Ministerpräsidentin den Abschluß eines neuen Hilfsabkommens bekanntgab. Frau Bandaranaike verließ Peking zu einer 10-tägigen Besichtigungsreise durch Südkina. (JT 1.7.)

Beiden Staaten ist bei allen Verschiedenheiten gemeinsam, daß sie der Politik Indiens mit Mißtrauen gegenüberstehen. Für China ist Sri Lanka das erste afro-asiatische Land, das mit China ein langfristiges Handelsabkommen schloß, das die gegen China gerichtete "imperialistische Blockade" und das "imperialistische Embargo" durchbrach und mit China Handel trieb, indem es - seit 1952! - Gummi gegen Reis tauschte. Viele Abkommen wurden seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen (1957) geschlossen, u.a. das Abkommen für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, das Abkommen über Luftfahrt und Beförderung und das Schifffahrtsabkommen. Im vergangenen Dezember unterzeichneten die beiden Länder ein Abkommen über den Paketpostdienst, dem die Unterzeichnung eines Abkommens über einen gemeinsamen Schifffahrtsdienst im April ds.Js. folgte (C.a. Mai 1972, S.12). 1957, 1958, 1962, 1964, 1970 und 1971 gab China Entwicklungshilfe in Höhe von durchschnittlich je 10 Mill. US Dollar. Außerdem lieferte es rollendes Eisenbahnmateriale, errichtete Textil-Kleinbetriebe, baut die große Bandaranaike-Gedenkhalle und half bei geologischen Erschließungsarbeiten. So intensiv sind die nationalen Interessen Chinas an Sri Lanka, daß es im April 1971 der ceylonesischen Regierung ausdrücklich zur Niederschlagung des "Guevaristen-Aufstandes" gratulierte. Bemerkenswert war auch die Grußbotschaft Pekings zur neuen Verfassung Sri Lankas vom 22. Mai 1972 (dazu C.a. Mai 1972, S.6). Im Mittelpunkt der Beratungen mit Chou En-lai steht der ceylonesische Plan vom Indischen Ozean als einer "Friedenszone", in der keine Supermacht mehr Militärbasen errichten soll.

TAIWAN

- (21) Briefoffensive

Peking hat seit mehreren Monaten eine "Briefoffensive"

von ehemaligen hohen Funktionären der Kuomintang an ihre "alten Kameraden" in Taiwan lanciert. Dazu schreiben Taiwanesen auf dem Festland an ihre Landsleute. Die Aktion ist Bestandteil eines weltweiten Bemühens um potentielle Sympathisanten unter Studenten aus Taiwan und Überseechinesen, besonders in den USA (s. THEMEN DES MONATS).

VIETNAM

- (22) Zum 3. Jahrestag der Gründung der Provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam

am 5. Juni erklärte Yeh Chien-ying feierlich, daß China "weiterhin alles in seinen Kräften Stehende tun werde, um dem vietnamesischen Volk und den anderen Völkern Indochinas Unterstützung und Hilfe zu erweisen (s. THEMEN DES MONATS "Kissingers Beruhigungsvisite").

Außenpolitik - Taiwan

- (23) Diplomatische Beziehungen mit West-Samoa

Nationalchina hat nach dem Ausschluß aus den Vereinten Nationen mit einem zweiten Staat diplomatische Beziehungen aufgenommen: West-Samoa (Erklärung des Außenministeriums vom 30.5.72). Nach Griechenlands Seitenwechsel und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Pekings zu Guyana verschiebt sich das Verhältnis diplomatischer Beziehungen Peking: Taipei damit auf 54 : 78 (Peking). Seit 1971 sind mehrere Staaten von Taipei abgefallen. Hinzugekommen sind nur wenige, so das Kambodscha Lon Nols im Juni 1971 und der Golfstaat Bahrein im August 1971, sowie das pazifische Königreich von Tonga im April 1972.

- (24) Nur noch Wirtschaftsbeziehungen unter Satos Nachfolger?

In der Republik China wird eine rasche Änderung in der politischen Haltung Japans gegenüber Taiwan für die Zeit nach Satos Präsidentschaft erwartet. Man rechnet mit einem möglichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen und hat, um die Handelsbeziehungen weiterhin aufrechterhalten zu können, in Tokyo bereits ein "Sino-Japanisches Handelszentrum" eingerichtet. Um auch den japanischen Touristenstrom weiterhin nach Taiwan leiten zu können, ist außerdem geplant, ein staatliches Reisebüro in Tokyo zu errichten. Mit einem Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen rechnet man hingegen nicht und verweist dabei auf ein Außenhandelsvolumen, das bis Jahresende dem der VRCh entsprechen wird und von dem man erwartet, daß es das der VRCh bis 1973 um eine Milliarde US-Dollar überragen wird. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten sind überdies sehr intensiv (JT 27.6.72).

Australien

- (25) Telefonverbindung

Zwischen China und Australien wurde ein Telefondienst aufgenommen, der auch eine Telegrammverbindung nach Shanghai einschließt.

Internationale Organisationen

ASPAC

- (26) Südkorea für eine Mitgliedschaft der VRCh

Anfang Juni wurde in Seoul die 7. Tagung des Asiatisch-Pazifischen Rates eröffnet. Der ASPAC ist eine lockere

politisch-wirtschaftlich-kulturelle Organisation neun westlich orientierter asiatischer und pazifischer Staaten, die am 16. Juni 1966 begründet wurde und der Australien, Japan, Malaysia, Nationalchina, Neuseeland, die Philippinen, Südkorea, Südvietnam und Thailand angehören. Die ASPAC soll nach ihren Gründungsbestimmungen die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten fördern, dient aber nach einer Version der TASS gleichzeitig der "Bekämpfung nationaler Befreiungsbewegungen" in diesem Gebiet, weshalb auch die "Marionettenregimes Südvietnam und Südkoreas" Mitglieder seien. Peking teilt diese Auffassung.

Ausgerechnet diese so bekämpfte Organisation hat sich bei ihrer 7. Tagung das Problem China zum Hauptthema genommen. Südkorea trat sogar für die Mitgliedschaft der VRCh ein, möchte aber Nordvietnam und Nordkorea weiterhin den Beitritt verwehren.

Würde sich diese Vorstellung durchsetzen, so verlöre Taiwan die letzte seiner Mitgliedschaften in wichtigen politischen internationalen Organisationen. Japan weiß dies und hat sich deshalb darauf versteift, daß sich die ASPAC ganz auf regionale Wirtschaftszusammenarbeit konzentrieren solle, ohne größeren politischen Ehrgeiz zu entwickeln. Zu dem Antrag Südkoreas hat sich Peking bisher nicht geäußert.

ITU

(27) VRCh aufgenommen

Am 29. Mai nahm der Verwaltungsrat der International Telecommunications Union einen Antrag Algeriens, Pakistans und Jugoslawiens auf "Wiederherstellung der Rechte der VRCh in der Organisation" an. Einige Delegationen, u.a. die der USA, wollten die Entscheidung noch hinausschieben, wurden aber überstimmt (SWB 2.6.72).

UNO

(28) Um den Status von Hong Kong und Macao

Der Druck der gewöhnlich jedes Jahr im Mai publizierten UN-Weltkarte ist durch Beschluß des Generalsekretärs Kurt Waldheim aufgeschoben worden. Neben dem Deutschland-, Korea- und Vietnam-Problem hat Chinas Ersuchen um eine Statusänderung Hong Kongs und Macaos dazu geführt. Der chinesische UN-Delegierte Huang Hua hatte in einem Brief vom 8. März (ap 19.6.72) an das Kolonialismus-Komitee erklärt, die beiden Gebiete "seien Teil chinesischen Territoriums, besetzt von britischen und portugiesischen Behörden." Das Verlangen der Chinesen, Hong Kong und Macao nicht mehr als Kolonien zu klassifizieren, macht einen Beschluß der UN-Generalversammlung im Herbst notwendig, da das Kolonialismus-Komitee die beiden Gebiete bisher als nicht selbstregierte Territorien aufgeführt hatte. Peking möchte auf diese Weise den immer wieder neu aufgelegten Angriffen der UdSSR und des Ostblocks entgegen, die Chinesen machten sich für die Revolution in der Dritten Welt stark, während sie weiterhin Kolonien auf dem eigenen Territorium duldeten (C.a. Mai 72, S.2). Die im Augenblick geführte britisch-chinesische Diskussion des Problems hatte bereits die Reaktion des Unterstaatssekretärs Royle vom britischen Außenministerium nahegelegt. Nach einem Sechstagesbesuch in Peking vermied es Royle sorgfältig, auf Hong Kongs Status einzugehen.

(29) UN-Konferenz über Umweltschutz

Auf der Umweltkonferenz in Stockholm ist China taktisch geschickt auf die Seite der unterentwickelten

Länder getreten. Chinas "politische" Stellungnahme richtete sich hauptsächlich gegen die "Umweltschäden", welche die USA in Vietnam anrichten. Zu Zusammenstößen mit der UdSSR und einzelnen Staaten des Ostblocks kam es nicht, weil sie aus Solidarität mit der nicht zugelassenen DDR nicht an der Konferenz teilnahmen (s. THEMEN DES MONATS, "Politisiertes Umweltbewußtsein").

INNENPOLITIK

(30) Neue "Patriotische Gesundheitskampagne"

Am 5. Juni wurde das Startsignal für eine neue "Patriotische Gesundheitskampagne" gegeben. Die Winterkampagne sei erfolgreich gewesen; nun gelte es, auch gegen die gesundheitlichen Übel im Sommer anzugehen. An zwei Leitlinien orientiert sich Pekings "Gesundheitspolitik":

1. Vorbeugen statt heilen, 2. die Medizin muß unter die Volksmassen, vor allem auf die Dörfer. Weil es sich hier vor allem um eine politische Frage handelt, darf das Augenmerk nicht nur auf Gesundheitsfragen im engeren Sinne gerichtet werden, sondern zugleich auch auf "Unwissenheit und Aberglauben". Die "ländlichen Genossenschaften für den Gesundheitsdienst" sowie die von Dorf zu Dorf wandernden Trupps der "barfüßigen Ärzte" haben deshalb neben ihren ärztlichen Aufgaben auch einen propagandistischen Auftrag.

Jeder westliche Mediziner, so auch der Amerikaner Charles Flato, (Herald Tribune, 12.6.72) stellt sich die Frage, ob die Schnellausbildung "barfüßiger Ärzte" nicht zu einer Qualitätsminderung führen müsse. Die chinesische Antwort ist typisch: "Gemessen an Harvard-Maßstäben mag sich die Qualität verschlechtern haben. Bei uns geht es jedoch nicht darum, Fach- oder Forschungsärzte auszubilden, sondern wir versuchen stattdessen, brauchbare Ärzte für einfachere Fälle zu rekrutieren. Zumindest in nächster Zukunft haben wir den katastrophalen Mangel an Ärzten zu überbrücken." Aufgrund dieser Politik wurden bisher etwa 500 000 "barfüßige Ärzte" (赤脚醫生) ausgebildet.

Das Verfahren: Die meisten von ihnen praktizieren etwa ein Jahr in einem Krankenhaus und haben von da an jedes Jahr zwei weitere Monate in einem solchen Krankenhaus zu arbeiten oder Zusatzkurse zu nehmen. Auf alle Fälle sind diese Hilfskräfte besser als nichts. Vor allem auf dem Gebiet der Akupunktur und der traditionellen chinesischen Kräutermedizin leisten sie Überraszendes. Nadelstiche zur Heilbehandlung und als Narkosemittel bei Operationen gehören zu ihren Spezialitäten. Vor allem aber scheinen die chinesischen Bauern, von denen viele bis zur Kulturrevolution noch nie einen Arzt gesehen hatten, mit den Leistungen dieser "barfüßigen Ärzte" bei der Behandlung von Erkältungen und anderen einfacheren Leiden äußerst zufrieden zu sein.

(31) Sprachenpolitik in Minoritätengebieten

Die seit der Kulturrevolution aufgekommene Tendenz, den Volksmassen revolutionäres Ethos durch das Medium der neuen modellhaften Theaterstücke zu vermitteln, dient in Minoritätengebieten auch dazu, zur Ausbreitung des Mandarin beizutragen. Die "Kulturelle Kavallerie", wie die reisenden Kulturtrupps in der Auto-